

Fragile Demokratie in Polen – und anderswo!

■ JOANA RADZYNER

„Noch ist Polen nicht verloren“, heißt es in Polens Nationalhymne – doch so wie bei den Parlamentswahlen 2023 geht es bei den Präsidentschaftswahlen im Mai wieder um alles.

Nach der Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten wurde auch in Warschau gejubelt. Im polnischen Parlament ließen sich Abgeordnete der rechtspopulistischen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) mit Trumps Markenzeichen seiner roten „Make America great again“-Kappe fotografieren. Und mit spürbarer Erleichterung rief einer aus: „Damit endet das schlimmste Jahr in der Geschichte unserer Partei!“

Ob diese Zuversicht begründet ist, wird sich erst weisen. Tatsache ist, dass PiS nach acht Jahren fast uneingeschränkter Herrschaft im Herbst 2023 abgewählt wurde. Weder der übermächtige Propaganda-Apparat, über den die PiS verfügte, noch die vielen Wahlzuckerln hatten für die Fortsetzung der Brüssel- und Berlin-feindlichen sowie die Demokratie zersetzenden Politik ihres 75-jährigen Parteichefs Jarosław Kaczyński gereicht.

Teufel gegen Totengräber

Seit Anfang 2024 regiert eine liberale Mitte-Links-Koalition an der Weichsel. An ihrer Spitze steht in der Rolle des Dompeters von schwer unter einen Hut bringenden drei Koalitionsparteien Donald Tusk. Der gebürtige Kaschube aus Danzig und Historiker ist acht Jahre jünger als sein politischer Erzfeind Kaczyński. Als Parteichef der liberalen „Bürgerplattform“, kurz PO, hatte er schon von 2007 bis 2013 Regierungsverantwortung getragen, ging dann aber als EU-Ratsvorsitzender nach Brüssel. Anders als sein Rivale hofft

er hatte, kehrte der „rothaarige Teufel“ (© Zitat Kaczyński) fünf Jahre später in die Landespolitik zurück – mit dem Versprechen, Kaczyński, den „Totengräber der Demokratie“ (© Tusk), von der Macht zu verdrängen.

In den 1970er-Jahren, ich war damals für Recherchen zu meiner Doktorarbeit öfter in Polen, standen die beiden Schwergewichte der polnischen Innenpolitik noch auf derselben Seite der Barrikaden, vereint im Kampf gegen das verhasste kommunistische Regime.

Die folgenden Umbruchszeiten mit Gründung der „Solidarność“ 1980, der Rolle Lech Wałęsas darin, der Verhängung des Kriegsrechts und dem abrupten Ende des „Karnevals der Freiheit“, aber auch das Wiedererstarken der Opposition und die Bildung des neuen freien Polens am „Runden Tisch“ sei hier stichwortartig zusammengefasst. Ein letzter Schlusspunkt für die Zeit als früherer Ostblockstaat und Satellit Moskaus wurde mit Polens NATO-Beitritt 1999, gemeinsam mit Tschechien und Ungarn, und der EU-Mitgliedschaft 2004 gesetzt. Der große Traum von Freiheit und Sicherheit war endlich Wirklichkeit geworden.

Auf der innenpolitischen Bühne Polens tobt hingegen seither ein Machtkampf, der die Gesellschaft immer stärker polarisiert und das soziale Klima vergiftet. Es geht um den Kampf zwischen zwei politischen Lagern, die sich beide auf ihre „Solidarność“-Vergangenheit berufen. Mit einem eigenen Medien-Arsenal kämpfen



Joana Radzyner ist Historikerin und freie Publizistin. Von 1985 bis 2009 war sie ORF-Ostmitteleuropa-Korrespondentin mit Schwerpunkt Polen.

Rafał Trzaskowski (li) und Karol Nawrocki (re) sind die beiden aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten
© Wikimedia Commons

■ Auf Polens innenpolitischer Bühne tobt ein Machtkampf, der die Gesellschaft immer stärker polarisiert und das soziale Klima vergiftet.



sie immer unversöhnlicher um das Erbe der „Solidarność“ und um das Deutungsmonopol über die jüngste Geschichte der Heimat: Es sind die liberalen Konservativen in der PO und die nationalen Konservativen in der PiS.

Nach acht Jahren der Liberalen an der Regierung bekamen 2015 die Nationalen, ausgestattet mit einer absoluten Parlamentsmehrheit, ihre Chance. Dass die Wirtschaft blühte und Polens Stimme in der EU immer schwerer wog, dass die Aussöhnung mit dem Nachbar Deutschland und mit Israel gelungen war, wurde von den Wählerinnen und Wähler nicht belohnt. Der jahrzehntelange Dauerlauf auf dem Weg zum Lebensstandard des Westens hatte die Mehrheit der Bevölkerung erschöpft. Die „Nationalen“ unter Führung des Kritikers des Runden Tisches, Jarosław Kaczyński, hatten im Wahlkampf versprochen, die sozialen Bedürfnisse der Gesellschaft an die Spitze ihrer Agenda zu stellen.

Wohlfahrtsstaat à la KP

Sie hatten verstanden, dass Millionen Menschen, die sich als Verlierer des Systemwandels sahen, dem kommunistischen Wohlfahrtsstaat nachweinten, der weder Arbeitslosigkeit noch Obdachlose kannte. Die endlos langen Schlangen vor leeren Lebensmittelgeschäften im Winter

1980/81 waren vergessen. Wie immer. Die Nationalen bauten nach paternalistischem Prinzip ein zentral gesteuertes System von Direkttransfers aus dem Staatshaushalt auf. Herzstück war das Sozialprogramm „500 Plus“, das jedem Haushalt für jedes Kind bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahr monatlich 500 Złoty (rund 120 Euro), was das Familieneinkommen von Millionen Polen mit einem Schlag spürbar anhub und namentlich in kinderreichen Dörfern und Kleinstädten den Lebensstandard nachhaltig verbesserte. Aber auch die Senkung des Pensionsalters, die Erhöhung des Mindestlohns und eine Art Reichensteuer stießen auf enorm positive Resonanz.

Im Parlament verlor man ebenfalls keine Zeit. In Nacht- und Nebelaktionen wurden dank absoluter Mehrheit Gesetze durchgepeitscht, die zunächst das Verfassungsgericht, dann das gesamte Justizwesen, die öffentlich-rechtlichen Medien und das Bildungssystem im Namen einer „Repolonisierung“ unter ihre Kontrolle brachte. Die Opposition musste ohnmächtig zusehen, wie staatstreue Richter willkürlich versetzt, oder in Pension geschickt wurden, wie unliebsame Museumsdirektoren entlassen, oder regierungskritischen Künstlern staatliche Subventionen gestrichen wurden. Doch die Mehrheit der Bevölkerung war bereit, die Erosion der Demokratie und die wachsende Korruption der Elite für materielle Vorteile mitzu-

tragen und sprach der PiS auch 2019 wieder das Vertrauen aus. Der Staatsumbau konnte zügig fortgesetzt werden.

Propagandasender Radio Maryja

Das langfristige Ziel hatte Kaczyński schon in seiner ersten Regierungszeit in den Jahren 2005 bis 2007 vorgegeben: Eine von allen Erblasten des Kommunismus befreite, nationalkonservative, katholische „Vierte Republik“. In Anlehnung an seine ideologischen Vorbilder der Zwischenkriegszeit, die ultra-nationalistischen, antisemitischen Nationaldemokraten, ging auch Kaczyński eine politische Allianz mit der Kirche ein – dies allerdings mit dem höchst umstrittenen xenophoben und antisemitischen Redemptoristenpater Tadeusz Rydzyk, der ihm über sein „Ra-

dio Maryja“ vor allem in Kleinstädten und ländlichen Gebieten Wählerstimmen sicherte.

Die Stimmung im Land kippte erst im Sommer 2023. Der Wahlkampf für die Parlamentswahlen im Herbst wurde immer schmutziger, Kaczyńskis Hasspropaganda gegen Brüssel und Berlin immer aggressiver. Auch die Polemik gegen die Liberalen, gegen Andersdenkende, gegen sexuelle Minderheiten und gegen Migranten erregte Unmut. Immer mehr Menschen sahen zudem die EU-Mitgliedschaft Polens gefährdet. Von den Liberalen wurde eine pro-europäische Politik erwartet. Millionen Frauen erhofften sich die lang ersehnte Lockerung des Abtreibungsgesetzes, die großstädtische Jugend das Ende aller Einschränkungen in Kultur, Bildung und öffentlichem Leben.

■ Alle Bemühungen um die Reparatur des von der PiS pervertierte Justizwesen scheitern am Vetorecht des noch amtierenden Präsidenten Andrzej Duda.



Bei Demonstrationen wird klare Haltung gegen die PiS gezeigt
© Tomasz Molina/
Wikimedia Commons

■ Wie schon bei den Parlamentswahlen 2023 geht es auch bei den Präsidentschaftswahlen heuer wieder einmal um alles.

Nun sind die Liberalen seit einem Jahr an der Macht. Die Erfolge sind überschaubar. Der Rückbau des von der PiS politisch instrumentalisierten Verfassungsgerichts kann nur durch eine Verfassungsänderung erfolgen. Voraussetzung dafür wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament, die nicht in Sicht ist. Alle Bemühungen um die Reparatur des von der PiS pervertierten Justizwesens und die Liberalisierung der von PiS vereinnahmten öffentlich-rechtlichen Medien werden durch das Vetorecht des noch amtierenden Kaczyński-treuen Staatspräsidenten Andrzej Duda torpediert. So bleibt es bei aufreibenden, vielerorts als Zeitverlust kritisierten parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und Strafprozessen gegen „Promis“ der Vorgängerregierung. Die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes ist an Widerständen innerhalb der Regierungskoalition gescheitert; als Reaktion darauf haben Aktivistinnen in unmittelbarer Nähe des polnischen Parlaments in Warschau im März eine eigene sogenannte „Abtreibungsklinik“ eröffnet.

Lackmustest Präsidentschaftswahl

Am 18. Mai wird in Polen ein neuer Staatspräsident gewählt. Wenn der Kandidat der Liberalen gewinnt, könnten viele vom bisherigen Präsidenten blockierte Gesetzesvorhaben verwirklicht werden. Wenn aber der Kandidat der Nationalen gewinnt, stehen die Chancen für Tusks Liberale schlecht. Sie wissen sehr gut, dass die PiS nur deshalb die Oppositionsbank drückt, weil sie als stimmenstärkste Partei keinen Bündnispartner für eine Regierungsmehrheit gefunden hatte.

Für die Liberalen geht bei der Präsidentschaftswahl der 52-jährige Warschauer Oberbürgermeister Rafał Trzaskowski, ein eloquenter Politiker mit Erfahrungen als Minister und im EU-Parlament ins Ren-

nen. Trzaskowskis erster Versuch vor fünf Jahren schlug allerdings fehl. In der Stichwahl 2020 unterlag er dem damaligen PiS-Amtesinhaber Andrzej Duda, der aber dieses Mal nach zwei Perioden im Amt nicht mehr antreten darf.

Diesmal wird sich Trzaskowski gegen Karol Nawrocki behaupten müssen. Der 41-jährige Danziger war in seiner Jugend gefeierter Boxer, schlug danach eine Laufbahn als Historiker ein. In Erinnerung geblieben ist er als umstrittener Direktor des Danziger Museums des Zweiten Weltkrieges, dessen Dauerausstellung er als Anhänger einer aktiven nationalen Geschichtspolitik nach nationalistischen Kriterien ausrichtete. Heute ist Nawrocki Leiter des „Instituts für das Nationale Gedenken“ (IPN). Offiziell parteipolitisch unabhängig, präsentiert ihn Kaczyński bei der Präsidentschaftswahl als „Bürgerkandidat“. Seine Kritiker hingegen bezeichnen ihn gerne als „Guru“ der Rechten.

Aus heutiger Sicht wird es keinem der Kandidaten im ersten Wahlgang am 18. Mai gelingen, eine absolute Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinen. Die Entscheidung wird wohl erst in einer Stichwahl fallen. Umfragen sehen derzeit Rafał Trzaskowski als Wahlsieger. Auf Platz zwei liegt aktuell Karol Nawrocki. So wird es wohl zu einem Kopf-Kopf-Rennen kommen und wie schon bei den Parlamentswahlen 2023 geht es auch bei den Präsidentschaftswahlen in Polen wieder einmal um alles. Das zeigt, auch in Polen bleibt die Demokratie fragil – so wie vor unserer Haustür in der Slowakei, wo die Demokratie wieder einmal in Gefahr ist. In Ungarn kämpft sie schon lange um ihr Überleben, und bei uns scheint ihr mit der jüngsten, schwierigen, aber schlussendlich erfolgreichen Regierungsbildung ohne Beteiligung der FPÖ zumindest eine Ruhepause gegönnt. ■

Dieser Text basiert auf Radzyners Vortrag bei der KAVÖ-Herbsttagung 2024.